



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/II/269 - 22. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2:831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Führungskrise in der FDP	S. 1
Propagandabriefe an Pfarrer	S. 3
Spannungen bei den französischen Sozialisten	S. 5

## Romantiker und Manager

P.R. Wo andere Parteien nach klassischer Unterteilung einen rechten und einen linken Flügel haben, da hat die FDP ihre Romantiker und ihre Manager. Die ersten werden vor allem durch Namen wie Dehler und Prinz zu Löwenstein, die zweiten durch die Düsseldorfer Gruppe repräsentiert. Aber die einen wollen auf die anderen nicht verzichten. So schätzt man bei den "Jungen" die Anziehungskraft des improvisierenden und alles andere als abwägenden Versammlungsredners Dehler, die eindrucksvolle Wirkung dieses aufrechten Mannes hoch ein. Auf der anderen Seite möchte oder könnte der Vorsitzende der Partei noch weniger die zapackend-undogmatische und vernunftgekühlte Art seiner Freunde aus dem Rheinland nicht missen.

Der "Fall Löwenstein" ist einstweilen ausgestanden. Die Partei hat sich in aller Form von seinen, schlicht gesagt, unmöglichen Äußerungen über die Wege zu einer deutschen Wiedervereinigung abgesetzt. Er selbst hat erklärt - landläufigste Form aller Selbstdementis - er sei missverstanden worden. Anders liegen die Dinge bei Dehler, um den es viel Staub gegeben hat. Vor allem die Rede, die eigentlich eine Erklärung der Partei hätte sein sollen, aus Anlaß der Bundestagsitzung über die Ereignisse in Ungarn und Ägypten, sei, so sagen die zahlreichen Kritiker in der Partei, "nach Form und Inhalt" untragbar gewesen.

Dazu ein kurzes Wort. Dehler ist in der Tat der ungeeignetste Mann, eine formulierte Erklärung für seine Partei abzugeben. - 2 -

Das weiss man auch in der FDP. Aber als Vorsitzender der Partei wie der Bundestagsfraktion ist er in einem solchen Falle nun einmal der offizielle Sprecher. Freunde sollen ihn vor seiner Rede dringend vor Improvisationen und Ausflügen in das gefährliche Dickicht der polemischen Auseinandersetzung wie der offenerzigen Selbsterkenntnis gewarnt haben. Aber wieder einmal kam es über ihn, als er, der bestgehasste Mann in der CDU/CSU, vom Rednerpult aus die höhnischen Zwischenrufe hörte, mit denen seine Gegner seiner ehrlichen Gesinnung und seinen ersten Argumenten einen Damm eisiger Ablehnung um jeden Preis, auch den der besseren Einsicht, entgegensetzten. In dieser Luft gedeiht nun einmal nicht, zumal beim Vorsitzenden der FDP, das Gewächs der klugen ausgewogenen Rede, die keine oder wenig Angriffsflächen bietet. Auch dient sie nicht der Klarheit und Überzeugungskraft der eigenen Argumente, selbst nicht bei den Freunden, wenn sie vielleicht auch deren Herzen erwärmen kann. Diese Folgen aber muss ein Politiker in der Position Dehlers rechtzeitig sehen, will er nicht seinen Ruf als wirklich führende Persönlichkeit seiner Partei aufs Spiel setzen.

Hinzu kommt, dass von ihm häufiger als notwendig Forderungen erhoben worden, die einfach unrealistisch sind und die niemand ernstnehmen kann. So machte er in Helmstedt kürzlich ein späteres Zusammengehen mit der CDU davon abhängig, dass die aussenpolitische Konzeption seiner Partei rundweg anerkannt werde, und eine Verbindung mit der SPD davon, dass seine Partei von ihren wirtschaftlichen Grundsätzen "auch nicht ein Jota abzugehen brauche". Das heisst also, dass in beiden Fällen die FDP, die gerade bei den Gemeindevahlen überall eine Schlappe erlitten hat, und die in weitem Abstand hinter den beiden grossen Parteien marschiert, den Kurs einer künftigen Regierung schlechthin bestimmen will, da die Meinungsverschiedenheiten mit der CDU ja gerade in der Aussenpolitik und mit der SPD in der Wirtschaftspolitik bestehen. So kann man natürlich nicht argumentieren, wenn man nicht als Utopist gelten will.

Im Anschluss an die Rede im Bundestag und einige widerspruchsvolle Äusserungen Dehlers bei anderen Gelegenheiten ist es dann - vielleicht nur vorübergehend - zu einer Art Führungskrise in der FDP gekommen. Anfang des nächsten Jahres und nicht erst im kommenden Frühjahr soll nun nach den letzten Beschlüssen der Parteiführungsgremien eine Klärung in dieser Frage geschaffen werden. Parteitage und Vorstandssitzungen verschiedener Landesverbände, die am letzten Wochenende stattfanden, lassen die Situation Dehlers alles in allem wieder etwas günstiger er-

scheinen, wenn neuerdings auch aus Südwesdeutschland abermals Widerstände sichtbar werden. Aber es liegt schon so etwas wie Logik darin, wenn Dekler in seinem Drang zu öffentlichen Beichten vor der niedersächsischen Landespartei von seiner Sehnsucht nach seiner bayrischen Heimat sprach - "man soll niemanden überfordern, auch keinen Bundesvorsitzenden" -, am selben Tage aber in Bayreuth auf einer Landesvorstandssitzung eine Mehrheit sich für einen Führungswechsel in der FDP aussprach. Jedenfalls wird man nun erst einmal abwarten müssen, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Zu wünschen wäre, dass bei solcher Klärung die Nüchternen gegenüber denen, die vor allem aus dem Gefühl sprechen und handeln, nicht zu kurz kommen.

+ + +

#### Wer trägt die Kosten ?

HP. Vor einigen Tagen trug die Post eine Postwurfsendung "An alle Pfarrer" aus, die eine vom Drei-Mühlen-Verlag, Bonn, herausgegebene Broschüre enthält. Die Pfarrer sollten offenbar anhand der textlichen und graphischen Angaben in der Broschüre die Notwendigkeit der Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik erkennen und - so darf man wohl annehmen, wenn speziell der Kreis der Pfarrer für so Überzeugenswert gehalten wird - diese Erkenntnis ins Kirchenvolk tragen. Viele Pfarrer zögerten verständlicherweise aber, den Inhalt der Broschüre zur Kenntnis zu nehmen, weil der wahre Absender der Postsendung nicht zu erkennen ist. Denn wer kennt schon den in einer kleinen Fußnote angegebenen "Drei-Mühlen-Verlag"? Welches Interesse sollte dieser Verlag - wäre er ein kommerzielles Unternehmen - haben, Zehntausende von D-Mark für die Anfertigung einer Schrift auszugeben, von deren kostenloser Verbreitung ihm doch kaum jemals ein Gewinn erwachsen kann?

Was die Pfarrer nicht wissen konnten, ist: der "Drei-Mühlen-Verlag" ist überhaupt kein auf Gewinn angelegtes Verlagsunternehmen, sondern ein Propagandainstitut der Regierung Adenauer. Dieser Verlag gibt die monatlich erscheinende Zeitung "Unsere Generation" heraus. Im Frühjahr verbreitete er - damals als Postwurfsendung "An alle Lehrer" - die Broschüre "Konrad Adenauer - Bilder und Daten".

Bei näherem Hinsehen wird man feststellen, dass der Verlag keineswegs allein steht, sondern Teil eines "Propaganda-Konzerns" ist, dessen Gründung noch in die Zeit des damaligen Staatssekretärs im Bun-

deskanzleramt, Dr. Otto Lenz, fällt. Im Jahre 1951, mit den Listen der noch heute existierenden Fernorganisationen, entstand auch die Firma "Deutsche Korrespondenz GmbH.", deren Mitarbeiter als die "Gehirntrust-Leute Adenauers" bezeichnet worden sind. Es sind dies neben Dr. Willy Beer und Alfred Gerigk, der Leiter des Instituts für Demoskopie in Allensbach, Günther Neumann. Neumann ist gleichzeitig auch Gesellschafter des "Drei-Mühlen-Verlags." Die "Deutsche Korrespondenz" befasste sich, wie es offiziell heisst, mit der "Herstellung und Verbreitung von publizistischem Material". Sie gibt einen mehrsprachigen offiziellen Artikeldienst heraus, der die Auffassung der Bundesregierung vor allem im Ausland verbreiten soll.

Das ist aber keineswegs alles. Ende 1952 entstand in Bonn eine Firma mit dem Namen "Mobilwerbung", die binnen kurzem über 20 mit modernsten Film- und Tongeräten ausgestattete Volkswagenbusse verfügte, die in letzter Bundestagswahlkampf als Propagandafahrzeuge der Koalition gelaufen sind. Der Geschäftsführer der Firma "Mobilwerbung" wiederum war gleichzeitig Verlagsleiter der "Deutschen Korrespondenz" und ausserdem Vorstandsmitglied der Regierungsfernorganisation "Gesellschaft Freies Europa". Während bei der "Mobilwerbung" auch Tonbänder mit Minister-Ansprachen und ganze Tonbildfolgen zur Verwendung im Wahlkampf hergestellt werden, ist die erwähnte "Gesellschaft Freies Europa" durch ihre kostspielige Schulan-Plan-Propaganda (sowohl Plakatanschläge als auch Freisausschreiben in den Schulen) bekannt geworden.

Alle diese miteinander verquickten und getarnten Institute arbeiten nun wiederum mit der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" eng zusammen, die ihre Hauptaufgabe in der Veranstaltung von einschichtigen Vorträgen und "Schulungskursen" sieht. Auf fast allen Gebieten der Propaganda existieren also besondere getarnte Einrichtungen, so dass man sich nicht zu verwundern braucht über eine Fülle von Broschüren und Zeitungen, die kostenlos verbreitet werden und deren Herausgeber unbekannt bleiben.

Was hier jedoch die Öffentlichkeit interessieren sollte, ist die Herkunft der unzweifelhaft beträchtlichen Mittel, die für diese Zwecke bereitgestellt werden. Angesichts der bemerkenswerten Grosszügigkeit, die im Geschäftsgebaren einzelner Organisationen zu beobachten ist, dürfte die oft geäusserte Vermutung, dass es sich hier um öffentliche Gelder handelt, so lange nicht ganz abwegig sein, wie Auskünfte strikt verweigert werden und über den 12 1/2-Millionen-Reptilienfonds des Bundeskanzlers der Schleier des Geheimnisses liegt. Erfährt die Öffentlichkeit einmal den finanziellen Hintergrund der getarnten Propaganda-Institute, so wird den Pfarrern auch ein Licht aufgehen, was sich hinter dem "Drei-Mühlen-Verlag"-Bonn, verbirgt. + + + -5-

## Revolte gegen Mollat ?

Von unseren Pariser Korrespondenten

Die französische Regierung steht jetzt vor der Frage, ob sie ihre parlamentarische Basis nach rechts erweitern soll. Die militärische Intervention am Suezkanal, die Isolierung Frankreichs und Englands in der UNO, der schleichende Krieg in Algerien und die jetzt beginnenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben in der französischen Öffentlichkeit zu einem allgemeinen Missbehagen geführt. Ministerpräsident Mollat sucht verzweifelt nach einem Ausweg. Außenminister Pineau will in den Vereinigten Staaten versuchen, die Treibstoffversorgung durch schnelle Lieferungen amerikanischen Öls und neue Dollarkredite sicherzustellen. Ob das der französischen Regierung gelingen wird, ist noch fraglich.

In dieser Situation haben nun zahlreiche sozialistische Parlamentarier und prominente Mitglieder der Partei die Einberufung eines außerordentlichen Nationalkongresses gefordert. Sie richteten an den geschäftsführenden Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs, Pierre Commin, einen Brief, in dem sie nicht mehr und nicht weniger sagen, Mollat hätte den Sozialismus verraten, das Programm der Partei ignoriert und die dem Volk vor der Wahl gegebenen Versprechungen nicht eingehalten.

In dem Schreiben heisst es, die Regierung verdanke heute ihre Existenz nur noch den Rechtstimmten und sei deren Gefangener. Anstatt den vor der Wahl versprochenen Frieden in Algerien zu bringen, werde der Krieg in Nordafrika fortgesetzt und jede Verhandlung mit dem Ziel des Ausgleichs systematisch sabotiert. Die Verhaftung der fünf Führer der algerischen Aufstandsbewegung sei eine Verletzung der internationalen Luftverkehrskonventionen gewesen und habe das Vertrauen und die Freundschaft des tunesischen und marokkanischen Volkes zu Frankreich zerstört. Wirtschaftspolitisch werde das Programm und die Zielsetzung der Sozialisten heute weniger respektiert denn je, "die Steuern steigen und der soziale Wohnungsbau steckt. Die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger sinkt, die Profite steigen, der Staatshaushalt hat eine Höhe wie noch nie erreicht und die Regierung hat in Verletzung aller sozialistischen Prinzipien der Spekulation Tür und Tor geöffnet."

Die militärische Intervention in Ägypten wird als ein "Angriffsakt" bezeichnet, dessen psychologische und moralische Konsequenzen für Frankreich verheerend und noch verheerender für den französischen Sozialismus sind.

Die Unterzeichner dieses Briefes an den Parteivorstand fordern, wie erwähnt, die Einberufung eines außerordentlichen Nationalkongresses, auf dem folgende Fragen zur Diskussion gestellt werden sollen: Die Suez-Affäre, der Frieden in Algerien und die Haltung gegenüber den Vereinten Nationen. Die Bedeutung dieses Schreibens an den Parteivorstand kann man ermessen, wenn man weiss, dass einer seiner ersten Unterzeichner der derzeitige Vorsitzende der Parlamentsfraktion, Robert Verdier ist ...

Einen nicht minder heftigen Vorstoss gegen die Politik der Regierung Mollat hat der bekannte und auch in Deutschland wegen seiner europäischen Haltung geschätzte Sozialist André Philip gerichtet. Philip ist auf dem letzten Kongress der sozialistischen Partei Frankreichs mit einer ausserordentlich hohen Stimmenzahl in den Parteivorstand gewählt worden.

In seinem Schreiben an das Generalsekretariat der Partei, das

Philip auch an die Sektion der Sozialistischen Internationale gerichtet hat, sagt er zunächst, die sozialistische Regierung in Frankreich habe versagt. Im Hinblick auf den Krieg in Ägypten erklärt Philip: "Wir waren die Vorkämpfer des Rechts, die Verteidiger des Ausgleichs, der kollektiven Sicherheit und der Abrüstung. Das alles wurde an einem einzigen Tag zerstört, und zwar durch eine sozialistische Regierung." Philip sagt weiter, dass die Partei heute nichts anderes geworden sei, als ein Organ der Propaganda im Dienst der Regierungspolitik. Er wirft Ministerpräsident Mollet vor, in sehr schwierigen Situationen gehandelt zu haben, ohne die Partei zu konsultieren und stellt fest: "Die Freiheit der Diskussion ist heute erstickt, weil die Partei fest in der Hand gehalten wird durch einen Apparat, der ausschliesslich im Dienst der Regierung steht." Philip fordert, dass die Partei sich zurückfinden möge zur "Politik und zum Geist des humanitären Sozialismus eines Jean Jaures und Leon Blum."

Ob der Parteivorstand der Forderung nach Einberufung eines ausserordentlichen Nationalkongresses nachkommen wird, ist noch nicht gewiss. Sicher ist jedoch, dass der Sozialismus in Frankreich in eine grosse Krise gerät, wenn Mollet die an ihn gerichteten Appelle überhören sollte. Man darf nicht überrascht sein, dass die Unterzeichner sowohl des ersten wie des zweiten Schreibens zu denjenigen französischen Politikern gehören, die mit dem grossen französischen Sozialisten Leon Blum besonders in der ersten Nachkriegszeit die Idee des humanitären internationalen Sozialismus getragen haben. Sie waren es, die mit Leon Blum zum Beispiel leidenschaftlich die Idee der sogenannten Kollektivschuld des deutschen Volkes am Krieg bekämpften. Ihre massgebenden Vertreter haben die Politik des offiziellen Frankreich in Indochina und Nordafrika verurteilt, sie haben offen gegen einen antiquierten Kolonialismus Stellung genommen und stets anstelle der militärischen Blockbildung die Politik der kollektiven Sicherheit in Europa und die Stärkung der Vereinten Nationen gefordert.

Nicht wenige von ihnen haben schon auf dem letzten Parteikongress Mollet davor gewarnt, den Algerienkrieg fortzusetzen. Sie sagten damals, er werde sich zwangsläufig zum Gefangen des Rechten machen müssen, wenn er diese Politik durchhalten wolle. Auch haben sie während der Suez-Krise Mollet bestürzt, anstatt seine Politik auf den konservativen Premierminister Deen auf die Labour Party auszurichten. Mollet blieb in seiner Haltung unerschütterlich.

Jetzt ist Frankreich isoliert. Deen hat sich wegen seiner schweren Krankheit von der aktiven Politik zurückziehen müssen und alle früher von französischen Ministerpräsidenten abgegebenen Versicherungen eines baldigen Friedensschlusses in Nordafrika sinkeinfällig geworden.

Der Krieg in Nordafrika kostet Frankreich allein pro Tag eine Milliarde Franken, das entspricht etwa 12 Millionen Mark. Die finanzielle Bilanz der militärischen Intervention in Ägypten kennt man noch nicht. Die wirtschaftliche Bilanz ist bereits bekannt. Sie drückt sich in dem aus, was in dem ersten von uns zitierten Brief Verdiers an den Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs gesagt wird.

Frankreich ist das Land der politischen Überraschungen. Sicher werden die nächsten Tage zeigen, wie Mollet versuchen wird, aus der jetzigen Situation herauszukommen, nachdem seine eigenen politischen Freunde gegen ihn zum Sturm angetreten sind.